Deutscher Bundestag **Drucksache 18/13699**

18. Wahlperiode 23.10.2017

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 15. bis 18. Mai 2015 in Budapest, Ungarn

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1	**Mitglieder der deutschen Delegation**	2
2	**Ablauf der Tagung**	2
3	**Politischer Ausschuss (PC)**	2
4	**Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)**	4
5	**Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)**	6
6	**Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)**	8
7	**Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)**	10
8	**Plenarsitzung**	13
Abkürzungsverzeichnis		16
Anlage: Erklärung 419		17

1. Mitglieder der deutschen Delegation

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten die folgende Delegation:

Deutscher Bundestag:

Abgeordneter Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers (CDU/CSU), Leiter der Delegation,
Abgeordnete Ulla Schmitt (SPD), stellvertretende Leiterin der Delegation,
Abgeordneter Dr. Karl-Heinz Brunner (SPD),
Abgeordnete Karin Evers-Meyer (SPD),
Abgeordneter Wolfgang Hellmich (SPD),
Abgeordneter Robert Hochbaum (CDU/CSU),
Abgeordneter Jürgen Trittin (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN),

Bundesrat:

Minister Lorenz Caffier (CDU), Mecklenburg-Vorpommern, Leiter der Delegation,
Staatsminister Rainer Robra (CDU), Sachsen-Anhalt,

2. Ablauf der Tagung

Die Sitzungen der fünf Fachausschüsse fanden am Samstag, 16. Mai 2015, und am Sonntag, 17. Mai 2016, statt. Das Plenum tagte am Montag, 18. Mai 2016. Den Schwerpunkt der Debatten bildeten die Ukraine-Krise und die Auswirkungen der jüngsten russischen Außenpolitik auf die Sicherheit der NATO-Staaten sowie die wachsende politische Instabilität im Nahen Osten.

3. Politischer Ausschuss (PC)

Der Politische Ausschuss tagte am Sonntag, 17. Mai 2015, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **José Lello** (Portugal).

I. Vortrag von István Mikola, Staatssekretär für Sicherheit und Internationale Zusammenarbeit im ungarischen Ministerium für äußere Angelegenheiten und Handel, zum Thema „Ungarns Rolle in dem Dreieck EU-USA-Russland“

Staatssekretär **István Mikola** erklärte, die Russische Föderation verstoße wiederholt gegen das Waffenstillstands-Abkommen von Minsk und forderte die Konfliktparteien zur Einhaltung des in Minsk getroffenen Abkommens auf. Eine Lösung sei nicht militärisch zu erreichen und nur eine diplomatische Lösung könne die Beziehungen der NATO zur Russischen Föderation langfristig normalisieren. Er sprach sich für eine starke transatlantische Partnerschaft aus, die neben der sicherheitspolitischen auch die wirtschaftspolitische Dimension erfassen müsse. Er sprach sich für den Abschluss des Transatlantischen Handelsabkommens (TTIP) aus, das ein wichtiges Instrument zur Gestaltung der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen sei. Abgeordneter **Jürgen Trittin** (Deutschland) konstatierte in der Diskussion einen zunehmenden Verlust an Sicherheitsstrukturen und die wachsende Zahl von zerfallenden Staaten. Viele Abgeordneten gingen kritisch auf das Verhalten der Russischen Föderation in der Ukraine ein, sprachen sich für die von der EU beschlossenen Sanktionen und für die Solidarität mit der Ukraine aus.

II. Beratung des Generalberichtsentwurfes über „Russland und die europäisch-atlantische Sicherheit“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Abgeordneter Ojars Eriks Kalnins (Lettland)

Generalberichterstatter Abgeordneter **Ojars Eriks Kalnins** (Lettland) erklärte, der Russischen Föderation komme weiterhin eine zentrale Rolle in der internationalen Sicherheitsarchitektur zu. Sie zeige aber kein Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Allianz, sondern setze vor allem auf Provokation. Er plädierte für eine langfristige und kohärente Strategie der NATO und der EU, welche eine konditionale Kooperation mit der Russischen Föderation

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

zum Ziel haben solle. Bis zu einem Kurswechsel der russischen Führung müsse jede Form von praktischer Kooperation unterbleiben. In der Aussprache wurde über den Stand des derzeitig belasteten Verhältnisses zwischen der NATO und der Russischen Föderation sowie über die Folgen der Nichteinhaltung des Minsker Waffenstillstandsabkommens und die Angemessenheit des *Readiness Action Plans* (RAP) debattiert. Einige Abgeordnete forderten, dass der Bericht auf die russischen Informationsmanipulationen, die militärischen Interessen Russlands im Hohen Norden, die Bedeutung von Energiesicherheit und auf das Bedürfnis nach engerer Kooperation zwischen NATO und EU eingehen solle.

III. Vortrag von Botschafter István Gyarmati, Präsident des Internationalen Zentrums für demokratischen Wandel (ICTD), Budapest, zum Thema „Die Ukraine-Krise – ein Test für die transatlantische Sicherheit“

Botschafter **István Gyarmati** (Ungarn) kritisierte, die Haltung der NATO gegenüber der Russischen Föderation sei zu entgegenkommend. Die Vorstellung einer strategischen Partnerschaft mit der Russischen Föderation sei eine Illusion gewesen. Eine Zusammenarbeit sei nur unter Einhaltung klarer Handlungsrichtlinien möglich. Die NATO-Mitgliedstaaten dürften sich auf keine unilateralen Konzessionen einlassen, müssten „die Sprache Moskaus“ sprechen und bereit sein, notfalls militärisch zu handeln. Der Russischen Föderation müsse die Möglichkeit einer gesichtswahrenden Lösung des Konflikts eröffnet und der Ukraine Hilfe beim Aufbau eines wirtschaftlich nachhaltigen, stabilen und demokratischen Staates geleistet werden.

In der Fragerunde erkundigten sich die Abgeordneten nach den Folgen der Krim-Annexion und der Situation in der Ostukraine. Einige Abgeordnete zeigten sich besorgt darüber, dass die Konzentration auf den Konflikt in der Ostukraine den Eindruck erwecken könne, die Krim sei für die Ukraine verloren. Dies sei nicht hinnehmbar. Die Krim müsse auf der Agenda bleiben. Verhandlungen sollten in zwei Stufen erfolgen: Zunächst solle eine Lösung des Konfliktes in der Ostukraine gefunden und in einem zweiten Schritt über die Zukunft der Krim verhandelt werden.

IV. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ über „NATO-Partner weltweit“, vorgelegt von der Berichterstatterin Abgeordnete Rasa Jukneviciene (Litauen)

Berichterstatterin Abgeordnete **Rasa Jukneviciene** (Litauen) betonte, globale Partnerschaften seien zur Erreichung der NATO-Kernziele – Krisenmanagement und kooperativen Sicherheit – unverzichtbar. Partner stärkten die Legitimation von NATO-Einsätzen und seien Multiplikatoren für gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und nachhaltige Entwicklung. Sie begrüßte die in diesem Zusammenhang getroffenen Beschlüsse des NATO-Gipfels in Wales zur Stärkung der kooperativen Sicherheit, wie beispielsweise die *Interoperability Platform*.

In der Diskussion bewertete die Mehrheit der Abgeordneten die NATO-Partnerschaften als bedeutsam und wertvoll. Die Delegierten gingen ferner auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen und die Rolle der NATO im asiatisch-pazifischen Raum ein. Konsens bestand darüber, dass sich der Ausschuss in regelmäßigen Abständen mit den Entwicklungen in dieser Region beschäftigen solle. Des Weiteren solle die Zusammenarbeit mit den Partnern der *Istanbul Cooperation Initiative* und der Sondergruppe Mittelmeer und Naher Osten der NATO PV in den Bericht einbezogen werden. Der stellvertretende irakische Vertreter im Nordatlantikrat (NAR), **Aram Mohammed Ali**, berichtete über die aktuellen Entwicklungen in seinem Land und bat die Mitgliedstaaten um Unterstützung des Iraks im Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS).

V. Vortrag von Florence Gaub, Senior Analyst beim EU-Institut für Sicherheitsstudien, zum Thema „Libyen: von Befreiung zu Frustration“

Florence Gaub gab einen umfassenden Überblick über die aktuelle Situation in Libyen. Das Land habe nach dem „Urknall“ im Jahre 2011 jegliche Staatlichkeit verloren. Milizen seien legalisiert worden und stünden im Dienst der Regierung. Das Parlament sei exekutiv tätig, einzelne Zuständigkeiten und Aufgabenbereiche seien unklar. Weder der Premierminister noch der Allgemeine Nationalkongress hätten die Autorität, notwendige Maßnahmen durchzusetzen. 80 Prozent der Beschäftigten arbeiteten für die Regierung. Eine Ölförderung sei wegen der anhaltenden Gewalt nicht möglich, die dadurch fehlenden Einnahmen trügen dazu bei, dass die Gefahr einer humanitären Krise innerhalb der nächsten sechs Monate anwachse. Dringend notwendige Lebensmittelimporte könnten bald nicht mehr bezahlt werden. Die internationale Gemeinschaft habe es versäumt, das Land nach der militärischen Intervention 2011 mit Hilfe einer Friedensmission nachhaltig zu befrieden. Die Terrormiliz „IS“ sei für die

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

schlechte Lage in Libyen nicht verantwortlich, profitiere aber von ihr. Sie sprach die Empfehlung aus, die Regierung in Libyen nicht weiter zu legalisieren, sondern einen Neuanfang zu unterstützen.

Auf die Frage von Staatsminister **Rainer Robra** (Deutschland) nach Einschätzung möglicher Maßnahmen zur Lösung der Flüchtlingskrise erklärte sie, die Antworten der EU auf die Flüchtlingskrise, insbesondere die EU-Mission im Mittelmeer, sei nicht zielführend. Eine militärische Sicherung der libyschen Grenze zum Mittelmeer habe lediglich eine Umleitung der Migrationsrouten zur Folge. Eine nachhaltige Lösung sei nicht in kurzfristigen militärischen Aktionen zu suchen, sondern läge in einer langfristigen Stabilisierung Nordafrikas.

VI. Beratung des Berichtsentwurf des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ über „Instabilität im Nahen Osten – Herausforderungen für die NATO-Sicherheit“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Boris Blazekovic (Kroatien)

Berichterstatter Abgeordneter **Boris Blazekovic** (Kroatien) ging auf die Folgen des syrischen Bürgerkriegs und die durch den sogenannten „IS“ begangenen Gräueltaten ein. Die durch den Krieg verursachte Instabilität in der gesamten Nahost- und nordafrikanischen Region sei sehr bedrohlich. Die Situation in Syrien und im Irak sei ein Nährboden für ein weiteres Vordringen des sogenannten „IS“ in der Region. Er plädierte für ein stärkeres Engagement der internationalen Gemeinschaft insbesondere im Bereich der humanitären Hilfe in Syrien und in den Nachbarstaaten. Er forderte eine Strategie für die stärkere Einbindung regionaler Kräfte. Ein Ende der fortgesetzten Gewalt sei nur unter Einbeziehung der Betroffenen vor Ort denkbar.

In der anschließenden Diskussion bestand Einigkeit über die Notwendigkeit einer politischen Unterstützung der irakischen Regierung durch die NATO. Eine Darstellung des israelisch-palästinensischen Konflikts und dessen Bedeutung für die Sicherheitslage in der Region solle ergänzt werden.

4. Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)

Der Ausschuss tagte am Samstag, 16. Mai 2016, unter dem Vorsitz der Abgeordneten **Nicole Ameline** (Frankreich).

I. Podiumsdiskussion mit Generalleutnant John W. Nicholson Jr., Befehlshaber der alliierten Landstreitkräfte (LANDCOM), und mit Stephen R. Covington, Berater für strategische und internationale Angelegenheiten beim SACEUR, zum Thema „Die Wachstumsstrategie der NATO in Richtung Süden“

Generalleutnant **John Nicholson**, Befehlshaber des *NATO Allied Land Command* (LANDCOM), und **Stephen Covington**, Berater für strategische und internationale Angelegenheiten beim *Supreme Allied Commander Europe* (SACEUR) berichteten, Schwerpunkt ihrer Tätigkeit sei der RAP. Die NATO sei mit dem Konzept, das die Prinzipien von Stärke, Geschwindigkeit und Bereitschaft verbinde, gut aufgestellt. Die Landstreitkräfte der Verbündeten verfügten wie nie zuvor in der Geschichte des Bündnisses über Erfahrungen in der Zusammenarbeit, was insbesondere auf die zehnjährige Kooperation in Afghanistan zurückzuführen sei. Der Generalleutnant dankte der Türkei für ihre Unterstützung der in Izmir stationierten alliierten Landstreitkräfte. Beide Redner betonten, dass die Gefahren aus dem Süden genauso ernst zunehmen seien wie die aus dem Osten, wo sich die NATO mit einem „klassischen“ zwischenstaatlichen Konflikt konfrontiert sehe. Die Gefahr an der südlichen Flanke sei hingegen vielschichtiger und sowohl durch traditionelle als auch neuartige, unkonventionelle Bedrohungsarten gekennzeichnet. Die Situation böte einen Nährboden für Extremismus, Terrorismus und Bürgerkrieg. Die Bedrohung könne durch eine weitere Verbesserung der sogenannten *situational awareness*-Kapazitäten der NATO und der Einsatzbereitschaft ihres militärischen Personals begegnet werden. Die Zusammenarbeit Deutschlands, Dänemarks und Norwegens zur Schaffung einer *Very High Readiness Joint Task Force* (VJTF) sei beispielhaft für Interoperabilität und Kooperation. Mit den Anstrengungen der NATO im Bereich der Abwehr von Cyberangriffen sei die NATO mit dem Programm *Intelligence, Surveillance and Reconnaissance* (ISR) auf dem richtigen Weg.

Auf Nachfrage erklärte der Generalleutnant, dass es zurzeit keine militärische NATO-Russland-Kooperation gebe. Abgeordneter **Wouter de Vriendt** (Belgien) vertrat die Auffassung, dass die NATO um einen Dialog mit der Russischen Föderation nicht umhinkomme, wohingegen insbesondere die Vertreter aus der Ukraine und Georgien die Ansicht äußerten, der russischen Regierung fehle es an der erforderlichen Kooperationsbereitschaft. Ein Dialog sei deshalb gegenwärtig nicht möglich. Generalleutnant **John Nicholson** erwiderte, dass es sich hierbei um eine politische Frage handele. Aus militärischer Sicht könne eine Entschärfung des Konfliktes auch durch Transparenz erzielt werden, ohne dass ein Dialog stattfände. Des Weiteren diskutierten die Delegierten über die

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

gegenwärtigen Erfolge des sogenannten „IS“. Der NATO komme keine formale Rolle zu, alle Alliierten seien aber in der Region engagiert. Die Delegierten waren sich einig, dass die Allianz die Situation im Irak weiterhin verstärkt beobachten müsse.

II. Beratung des Generalberichtsentwurfs zum Thema „Hybride Kriegsführung: Neue strategische Herausforderungen für die NATO?“, vorgelegt von Generalberichterstatter Abgeordneter Julio Miranda Calha (Portugal)

Generalberichterstatter Abgeordneter **Julio Miranda Calha** (Portugal) bewertete das russische Vorgehen an den östlichen Grenzen der NATO als eine Strategie zur Schwächung des innereuropäischen Zusammenhalts sowie des Einflusses der Vereinigten Staaten von Amerika auf den europäischen Kontinent. Die russische Drohung, konventionelle militärische Mitteln einzusetzen, diene der Absicherung dieses Vorgehens. Die unternommenen militärischen Aktionen überschritten nicht die Schwelle des Artikels 5 des NATO-Vertrages. Er widersprach der Darstellung, dass die russische Strategie der hybriden Kriegsführung in der Ukraine erfolgreich sei, und führte aus, die ukrainische Regierung sei noch nie so von den Vorteilen einer Integration in die euroatlantische Gemeinschaft überzeugt gewesen wie heute.

In der nachfolgenden Diskussion fanden die Schlussfolgerungen des Generalberichterstatters große Zustimmung, wonach auf die veränderte Sicherheitslage mit größtmöglicher Geschlossenheit und Zusammenarbeit reagiert werden müsse.

III. Beratung des Berichtsentwurf des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“ über „Readiness Action Plan: Versicherung und Abschreckung für das Sicherheitsumfeld nach 2014“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Xavier Pintat (Frankreich)

Berichterstatter Abgeordneter **Xavier Pintat** (Frankreich) erläuterte, die Allianz sei nicht auf die Geschwindigkeit vorbereitet gewesen, mit der sich die sicherheitspolitische Lage an den östlichen und südlichen Grenzen der NATO verändere. Der RAP sei ein erster wichtiger Schritt zur Bewältigung der Herausforderungen. Die NATO erreiche mit dessen erfolgreicher Umsetzung ein Höchstmaß an Verteidigungsbereitschaft für Maßnahmen nach Artikel 5 des NATO-Vertrages. Bis 2018 werde sich die Stärke der *NATO Response Force* (NRF) verdoppeln und sei somit das Vierfache einer Division. Die Mitgliedstaaten müssten die Maßnahmen nachhaltig mittragen, finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellen und eine Balance zwischen schneller Entscheidungsfindung und demokratischer Kontrolle gewährleisten. Er forderte die Delegierten auf, sich in ihren Ländern für die Umsetzung einzusetzen.

Abgeordneter **Wolfgang Hellmich** (Deutschland) betonte in der Aussprache die gute deutsch-niederländische Zusammenarbeit und die erfolgreiche Integration des deutsch-niederländischen Korps. Er erkundigte sich, ob die aktuellen Fähigkeiten ausreichten, um das Ziel einer Einsatzbereitschaft in 48 Stunden zu erreichen. Er regte an, die Frage der Parlamentsbeteiligung in die Ausgestaltung des RAP einzubeziehen, und verwies auf den im Juni 2015 erscheinenden Bericht der Kommission des Deutschen Bundestages zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Der Bericht mache deutlich, dass bislang kein Auslandseinsatz durch den Parlamentsvorbehalt des Deutschen Bundestages verzögert worden sei. Angesichts der steigenden Gefahr von Cyberangriffen regte er ferner an, diese in den Bericht aufzunehmen und eine Darstellung der Verteidigungskapazitäten gegen Cyberangriffe mit der gegen hybride Kriegsführung zu verbinden. Völkerrechtlich müssten Computerviren als Waffen definiert werden, da es sich um Krieg und nicht nur um Kriminalität handele.

IV. Beratung des Berichtsentwurfes über „Die Umsetzung der Ziele des Gipfeltreffens: Stärkung der transatlantischen Beziehungen“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Attila Mesterhazy (Ungarn)

Berichterstatter Abgeordneter **Atilla Mesterhazy** (Ungarn) legte in seiner Analyse der Ergebnisse des NATO-Gipfels von Wales einen Schwerpunkt auf die von allen Mitgliedstaaten eingegangene Verpflichtung, gegen bestehende und sich entwickelnde Bedrohungen von außen genügend Ressourcen und Kapazitäten bereitzustellen sowie den dazu notwendigen politischen Willen sicherzustellen. Er forderte einen gerechteren Lastenausgleich im transatlantischen Verhältnis und betonte, die Alliierten dürften ihre Verteidigungskapazitäten nicht zu Lasten

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

des amerikanischen Verbündeten reduzieren. Er setzte sich für den Ausbau und eine Modernisierung der nationalen Verteidigungskapazitäten ein. Langfristig könne auch der RAP nur mit umfassenden Investitionen seitens der Mitgliedstaaten finanziert werden.

In der Diskussion wiesen Delegierte darauf hin, dass einige Mitgliedstaaten, wie etwa Frankreich, die angemahnten Investitionen bereits getätigt hätten.

V. Vortrag von Csaba Hende, Verteidigungsminister von Ungarn, und General Tibor Benko, Oberbefehlshaber der ungarischen Streitkräfte

Csaba Hende, ungarischer Verteidigungsminister, und General **Tibor Benko**, Oberbefehlshaber der ungarischen Streitkräfte, erläuterten die Rolle Ungarns in der NATO. Aufgrund seiner geografischen Lage befände sich Ungarn sowohl im Süden als auch im Osten „an der Front der Allianz“. Ungarn trage durch einen Aufwuchs der Verteidigungsausgaben um acht Prozent und durch eine aktive Rolle bei der Umsetzung des RAP entscheidend zum Bündnis bei. **Csaba Hende** betonte, der Klimawandel sei eine nicht zu unterschätzende Bedrohung für die Sicherheit der NATO und müsse als solche anerkannt werden. Mögliche Auswirkungen, wie beispielsweise anhaltende Dürreperioden, trügen ein großes Konfliktpotenzial in sich.

Auf die Nachfrage des Abgeordneten **Troels Lund Poulsen** (Dänemark) nach dem Verhältnis der ungarischen politischen Führung zur russischen Regierung, versicherte General **Tibor Benko**, Ungarns Bemühungen für die NATO belegte dessen Bündniszugehörigkeit. Ungarn fühle sich aufgrund seiner Mitgliedschaft in der NATO in seiner geografisch exponierten Lage sicher.

VI. Beratung des Sonderberichtsentwurfes über „Afghanistan – nach dem ISAF-Einsatz“, vorgelegt von Sonderberichterstatter Abgeordneter Julio Miranda Calha (Portugal)

Sonderberichterstatter Abgeordneter **Julio Miranda Calha** (Portugal) analysierte das Ergebnis des 13jährigen Einsatzes der *International Security Assistance Force* (ISAF) und den Beginn der *Resolute Support Mission* (RSM). In Afghanistan bliebe noch viel zu tun. Ein großer Fortschritt sei die Übernahme der Verantwortung für die Sicherheit des Landes durch die afghanischen Sicherheitskräfte (ANSF) und die Übernahme der vollständigen Regierungsverantwortung durch die afghanische Regierung. Der Kampfeinsatz der NATO sei beendet, die Unterstützung durch die nachfolgende RSM bleibe unverzichtbar. Das besonders von Gewalt überschattete Jahr 2014 verdeutliche, dass die Sicherheitslage weiterhin nicht stabil sei. Die von der NATO für die ANSF jährlich bereitgestellten 5,1 Milliarden US-Dollar würden dringend benötigt und die neue afghanische Regierung der Nationalen Einheit müsse den Nachweis ihrer ausreichenden Handlungsfähigkeit zum Regieren des Landes erbringen. Mit den Taliban würden informelle Gespräche geführt, diese lehnten aber weiterhin die Übernahme einer formalen Rolle in der afghanischen Regierung ab.

In der Diskussion machte die Vorsitzende des Ausschusses, Abgeordnete **Nicole Ameline** (Frankreich), deutlich, dass ein Friedensschluss mit den Taliban nicht auf Kosten einer Wiedereinsetzung der Scharia und einer damit verbundenen Abschwächung von Frauenrechten in Afghanistan erzielt werden dürfe.

5. Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)

Der Ausschuss tagte am Sonntag, 17. Mai 2015, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Vitalino Canas** (Portugal).

I. Vortrag von Botschafter István Gyarmati, Präsident des Internationalen Zentrums für demokratischen Wandel (ICDT), Budapest, zum Thema „Politik- und Sicherheitsherausforderungen im westlichen Balkan“

István Gyarmati bezeichnete den westlichen Balkan als eine seit Jahrzehnten problematische Region ohne nachhaltige Stabilität und Wohlstand für seine Bürger. Montenegro sei eine Ausnahme und auf dem Weg in europäisch-atlantische Strukturen. Er plädierte für die Aufnahme Montenegros in die NATO im Jahr 2016. Mit der Verleihung einer NATO-Mitgliedschaft könne auch ein positives Signal an die Region gesendet werden. Die Region müsse angesichts der wachsenden sicherheitspolitischen Herausforderungen, die sich aus den angespannten Beziehungen mit der Russischen Föderation und den Bedrohungen durch den sogenannten „IS“ ergäben, als Partner stets mitgedacht werden.

In der Diskussion kam es zu Unstimmigkeiten zwischen István Gyarmati und einem US-Delegierten in der Frage einer möglichen Einmischung der Vereinigten Staaten in der Region.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

II. Beratung des Sonderberichtsentwurfs über „Veränderungen in Afghanistan: Auswirkungen für Zentralasien“, vorgelegt von der Sonderberichterstatterin Abgeordnete Ulla Schmidt (Deutschland)

Sonderberichterstatterin Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) kam in ihrem Bericht zu dem Ergebnis, dass das in Afghanistan Erreichte nur dann nachhaltig gesichert sei, wenn sich die Gemeinschaft langfristig im Land engagiere. Die Lage in Zentralasien gebe weiterhin Anlass zur Sorge, da die Entwicklung von demokratischen Institutionen in der Region derzeit kaum vorankomme. Sie betonte, dass die Probleme der zentralasiatischen Staaten nicht allein auf die geografische Nähe zu Afghanistan zurückzuführen, sondern zum großen Teil auch „hausgemacht“ seien.

Anregungen aus dem Ausschuss folgend wird die Sonderberichterstatterin ihren Bericht bis zur Herbsttagung 2015 um die Aspekte des Wirkens des sogenannten „IS“ in der Region und bestehende Projekte des Max-Planck-Institutes (MPI) in Afghanistan erweitern.

III. Beratung des Generalberichtsentwurfes über „Herausforderungen des einheimischen Terrorismus“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Abgeordnete Joëlle Garriaud-Maylam (Frankreich)

Generalberichterstatterin Abgeordnete **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich) erklärte, mit Hilfe des Internets als freiem Medium ließen sich radikales Gedankengut und Informationen zur Vorbereitung von Anschlägen für potenzielle Terroristen leicht verbreiten. Sie stellte eine Gefährdung durch eine zunehmende Radikalisierung von Einzelpersonen in NATO-Mitgliedstaaten fest und schlug Präventiv- und Rehabilitationsmaßnahmen, ein härteres Durchgreifen des Staates sowie eine bessere Vernetzung der nationalen Sicherheitsbehörden untereinander vor. Das Streben nach umfassender Sicherheit dürfe jedoch nicht zur Einschränkung von individuellen Bürgerrechten führen.

Die Abgeordneten regten an, die Radikalisierung von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern, die mangels Auslandsaufenthalten nicht als sogenannte ausländische Kämpfer definiert würden, stärker zu beobachten

IV. Vortrag von Mathieu Guidere, Professor für Islamwissenschaften an der Universität Toulouse Jean Jaurès, zum Thema „Warum sich europäische Jugendliche im Dschihadismus engagieren: Überblick über das Radikalisierungsbeobachtungsprojekt“

Mathieu Guidere (Frankreich) stellte das *Radicalisation Watch Project* zur Untersuchung der Radikalisierung junger Menschen vor. Er erklärte, bei der Analyse der Ursachen für eine Radikalisierung von Individuen müsse zwischen einer Beschäftigung mit radikalen Tendenzen und einer dschihadistischen Radikalisierung unterschieden werden. Eine Beschäftigung mit radikalen Tendenzen bringe eine Verhaltensänderung einer einzelnen Person mit sich, führe aber nicht zwangsläufig zu einer veränderten Überzeugung. Eine vollzogene Radikalisierung verändere hingegen das gesamte Denken eines Menschen.

In der sich anschließenden Diskussion wurde die Möglichkeit erörtert, durch staatliche Maßnahmen dem Gefühl der gesellschaftlichen Isolation junger Muslime zu begegnen. **Mathieu Guidere** plädierte für eine Gleichbehandlung von jungen muslimischen Frauen und Männern, die den Prozess der Radikalisierung vollzögen.

V. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung“ über „Der Kampf um die Herzen und Gedächtnisse – Reaktionen auf Propagandaattacken gegen die europäisch-atlantische Gemeinschaft“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Witold Waszcykowski (Polen)

Berichterstatter Abgeordneter **Witold Waszczykowski** (Polen) erläuterte, die russische Regierung verschaffe sich durch systematische Fehlinformation im eigenen Land gegenüber der NATO einen erheblichen Vorteil in Bezug auf die Reaktionsfähigkeit. Er kritisierte die bisherigen Gegenmaßnahmen der NATO als inkohärent und zu zögerlich. Die Allianz müsse kreativere und überzeugendere Ansätze wie beispielsweise die Stärkung des investigativen Journalismus finden.

Es entwickelte sich eine vertiefte Diskussion zur Frage nach adäquaten Antworten auf gezielte Falschinformationen und Propaganda. Lösungsansätze könnten das Verbot russischer Staatsmedien oder die Unterstützung von Medien in den von russischer Propaganda besonders betroffenen NATO-Mitgliedstaaten sein.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

VI. Vortrag von Mustafa Dzhemilev, Beauftragter des ukrainischen Präsidenten für Angelegenheiten der Krimtataren, zum Thema „Die aktuelle Situation auf der Krim“

Mustafa Dzhemilev bezeichnete die politische Situation auf der Krim als eine Diktatur. Demokratische Grundfreiheiten, wie beispielsweise die Presse- und Meinungsfreiheit, existierten unter russischer Besetzung nicht mehr. Die Bevölkerung sei zur Aufgabe ihrer ukrainischen Staatsbürgerschaft und zur Annahme der russischen aufgefordert worden. Das Ergebnis des Referendums spiegle nicht die Meinung der Mehrheit in der Bevölkerung wider. Es könne keine militärische Lösung des Konflikts auf der Krim geben. Er sprach sich für eine Stärkung der ukrainischen Verteidigungskapazitäten aus und rief die NATO zur Fortsetzung der Sanktionen gegen die Russische Föderation auf.

Einige Delegierte bekundeten ihre Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung auf der Krim.

6. Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, 16. Mai 2015, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Peter Bottomley** (Vereinigtes Königreich). Zentrale Themen der Sitzung waren die Entwicklung der Verteidigungsausgaben im Bündnis, die wirtschaftliche Situation in Russland mit Bezug auf die Sanktionen sowie Terrorismusfinanzierung.

I. Vortrag von Dr. Zoltán Pogatsa, Professor an der Wirtschaftsfakultät der Universität in Westungarn, zum Thema „Herausforderungen für kleine Volkwirtschaften und Ungarns zukünftiger Standort in der europäischen und weltweiten Wirtschaft“

Dr. Zoltán Pogatsa begann seine Ausführung mit der Frage, ob kleine Staaten in Krisensituationen verletzlicher seien als große. Oft bestehe eine strukturelle Abhängigkeit von größeren Staaten mit starken Wechselwirkungen. Das begrenze die wirtschaftliche Autonomie kleiner Volkswirtschaften, und auch die globalen Kapitalströme seien bei einer eigenen Währung wie in Ungarn oft geringer. Aber auch große Staaten seien verletzlich, beispielsweise sei Russland extrem abhängig vom Ölpreis. Zur wirtschaftlichen Situation führte er aus, 2008 und 2009 sei Ungarn ein hoch verschuldetes Land (80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, BIP) gewesen. Durch eine kluge Steuer- und Finanzpolitik (Staatsanleihen, Reduzierung der Schuldenquote, Steuererhöhungen) sowie Exportsteigerungen seien höhere Einnahmen erzielt und eine bessere Beschäftigung erreicht worden. Aus der wirtschaftlichen Krise in Griechenland habe man gelernt, dass eine hohe Verschuldung die Verletzlichkeit steigere und die politische Flexibilität einschränke. Außerdem führe es zu einer starken Abhängigkeit von ausländischer Fremdfinanzierung. In Griechenland seien unzureichende Einnahmen für die entsprechenden Ausgaben erzielt worden, die vernachlässigte einheimische Industrie sei nicht mehr wettbewerbsfähig gewesen.

In der Diskussion erklärte Dr. Zoltán Pogatsa, von den hohen Wachstumsraten in Griechenland hätten nur wenige profitiert und die Kapitalflucht habe die griechische Gesellschaft zusätzlich belastet. Er kritisierte, dass der Euro ein politisches Vorhaben gewesen sei und man viele Strukturprobleme in einigen Ländern übersehen habe. Die europäische Währungsunion sei nicht gut konstruiert und der Euro bilde in einigen Ländern nicht deren reale Wirtschaftskraft ab. Seiner Meinung nach würde das Ziel, die Maastricht-Kriterien zu erfüllen, der ungarischen Wirtschaft großen Auftrieb geben ohne die Notwendigkeit, den Euro auch tatsächlich als Währung einzuführen.

II. Vortrag von Diego A. Ruiz Palmer, Sonderberater des NATO-Generalsekretärs für Wirtschaft und Sicherheit, zum Thema „Die aktuellen Trends der Verteidigungsausgaben im Bündnis und die Arbeit des NATO-Referates für Wirtschaft und Sicherheit“

Diego A. Ruiz Palmer erklärte, nach der globalen Wirtschaftskrise stünden die Länder des Bündnisses auch neuen, wirtschaftlich bedeutenden Herausforderungen gegenüber, beispielsweise der demografischen Entwicklung in vielen Ländern Europas. Ein schwaches, unzureichendes Wachstum und schwindende Produktivität seien problematisch. Aus seiner Sicht müsse jedoch dem Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Sicherheit mehr Aufmerksamkeit zukommen. Militärische Asymmetrien hätten zugenommen und es bestünde die Gefahr, dass die NATO an Zusammenhalt und damit an Effektivität verliere. Die USA bestritten inzwischen 77 Prozent der NATO-Verteidigungsausgaben, was eine besondere Abhängigkeit der anderen Bündnispartner bedeute. Aufgrund der nachlassenden verbleibenden Verteidigungskapazitäten sei ein Umdenken dringend erforderlich. Um die Wirksamkeit und Effektivität zu erhalten, müssten nicht unbedingt mehr Finanzmittel aufgewandt werden. Auf dem NATO-Gipfel in Wales sei ein Strategiewechsel für eine bessere Balance zwischen der Teilung von Kosten

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

und Verantwortung beschlossen worden. Hierzu gehöre der sogenannte RAP. Er sehe vor, in Mittel- und Osteuropa fünf neue Stützpunkte aufzubauen und eine starke schnelle Eingreiftruppe aufzustellen, die sogenannte „Speerspitze“ VJTF. Zur Verbesserung der Interoperabilität verwies er auf die Initiative „Streitkräfte im Verbund“ (*Connected Forces Initiative*, CFI). Abschließend nannte er Investitionen, Bildung, Innovation und soziale Stabilität als die vier wichtigsten Säulen einer gemeinsamen Sicherheitspolitik.

In der Diskussion betonte der Abgeordnete **Menno Knip** (Niederlande), es gehe nicht nur um Kapazitäten. Durch intensive Zusammenarbeit könne eine Steigerung der Wirksamkeit erreicht werden. **Diego A. Ruiz Palmer** sah ein Hauptproblem im Bereich des Beschaffungswesens, da dies in den Händen der einzelnen Verbündeten liege, die überwiegend eigene Verteidigungsindustrien unterstützen würden.

III. Beratung von Dr. Alena Ledeneva, Professorin für Politik und Gesellschaft, *School of Slavonic and East European Studies*, *University College*, London, zum Thema „Die wirtschaftliche Situation in Russland im Lichte von Präsident Putins Verantwortung, der Fall des Ölpreises und die Sanktionen des Westens“

Dr. Alena Ledeneva beschrieb die komplexe politische Situation in Russland als ein hybrides System, in dem die Schattenwirtschaft eine zentrale Rolle spiele und Propaganda eingesetzt werde, um Probleme zu überdecken. Es herrsche ein großer Nationalismus, 88 Prozent der russischen Bevölkerung unterstützten Putin und assoziierten mit ihm Stabilität. Durch die allgemeine anti-westliche Haltung würden verbale Angriffe gegen Russland den Patriotismus immer wieder stärken. Der Staat und die Gesellschaft seien gekennzeichnet durch einen hohen Grad von systemischer, politischer Korruption, eine schlechte Regierungsführung, das Fehlen von demokratischen Institutionen, begrenzte Eigentumsrechte und organisierte Kriminalität. Die Annexion der Krim koste das Land viel Geld, es gebe wenig Antrieb für wirtschaftliche oder politische Reformen.

In der Diskussion fragten einige Mitglieder nach Möglichkeiten für langfristige Veränderungen in der russischen Bevölkerung. **Dr. Alena Ledeneva** erklärte, die Sanktionen des Westens reichten nicht aus, um Veränderungen hervorzurufen. Ein Großteil der russischen Elite profitiere im Moment noch vom System Putins, Veränderungen würden daher nicht automatisch geschehen. Der Westen müsse auf aktuelle Entwicklungen flexibler reagieren und versuchen, unzufriedene Teile der Elite und die jüngere Generation zu erreichen. Das Fehlen von Integrität sei ein Hauptproblem. Der Abgeordnete **Michael Gapes** (Vereinigtes Königreich) sprach die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen China und Russland an. **Dr. Alena Ledeneva** sagte, Russland sehe sich als Brücke zwischen Europa und Asien und orientiere sich bei seinen Energieverkäufen in Richtung China. Mit Hilfe der Propaganda werde diese Neuausrichtung als Schritt für mehr Sicherheit und Wohlstand verbreitet.

IV. Beratung des Berichtentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ über „Terrorismusfinanzierung“, vorgelegt von der Berichterstatterin Senatorin Nathalie Goulet (Frankreich)

Berichterstatterin Senatorin **Nathalie Goulet** (Frankreich) sagte eingangs, der nationale und globale Terrorismus habe eine Vielzahl von Formen und Ausmaßen angenommen, daher sei die Herausforderung gewaltig. Die Bekämpfung der Finanzierung terroristischer Organisationen spiele eine zentrale Rolle beim Kampf gegen den Terrorismus. Terrororganisationen könnten nicht ohne finanzielle Mittel operieren. Das stelle eine potenzielle Achillesferse da und mache diese Organisationen anfällig für Gegenmaßnahmen. Sie nahm Bezug auf neun spezielle Empfehlungen der Arbeitsgruppe zur Geldwäschebekämpfung (FATF) als Leitlinien für die Regierungen im Bereich der Terrorismusbekämpfung. Hierzu gehören unter anderem ein verstärkter Informationsaustausch von Daten, ordnungsgemäße Lizensierungsverfahren für alternative Finanztransferinstitutionen, Feststellung der Urheber von Finanztransfers und Sicherung der Information im Verlauf der Zahlungskette, verbesserte Kooperation zwischen den Finanzinstitutionen und den Strafverfolgungsbehörden, Verschärfung der Meldestandards und Einführung von strengeren Regelungen für Banken, wohltätige Organisationen und Finanztransferinstitutionen.

In der Diskussion wurde das *Crowdfunding* angesprochen, weil es dafür keine rechtlichen Regelungen gebe. Senatorin **Nathalie Goulet** erklärte, inzwischen habe der „IS“ neben dem Drogen-, Waffen-, Öl- und Menschenhandel auch einen Handel mit Kunstwerken begonnen. Hier müssten die Länder stärker die grenzüberschreitenden Wege von Bargeld und Wertgegenständen beobachten. Die Motive der einzelnen Terrorgruppen seien unterschiedlich, aber die Art und Weise der Finanzierung immer gleich.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

V. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Übergang und Entwicklung“ über „Der Zustand der Wirtschaft in der Ukraine und die Aussichten für ihre zukünftige Entwicklung“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Richard Benyon (Vereinigtes Königreich), vorgestellt von Sir Peter Bottemley (Vereinigtes Königreich)

Sir Peter Bottomley (Vereinigtes Königreich) stellte den Berichtsentwurf für den Berichterstatter Richard Benyon vor. Die Annexion der Krim und die Unterstützung der Separatisten in der Region Donbas durch Russland habe die größte diplomatische und sicherheitspolitische Krise in Europa nach dem Ende des Kalten Krieges ausgelöst. Neben den Problemen im Osten seien die Bekämpfung einer großen Rezession und eine Verbesserung der Regierungsführung weitere große Herausforderungen für die Ukraine. Die erfolgreiche Bekämpfung der Korruption sei von zentraler Bedeutung, insbesondere im Energiesektor.

Ein ukrainischer Abgeordneter lobte den Berichtsentwurf und schlug vor, ihn in seinem Land der Öffentlichkeit, beispielsweise als übersetzten Zeitungsartikel, zugänglich zu machen. Eine isländische Abgeordnete regte für Schlussfolgerungen an, den tatsächlichen Umfang der benötigten finanziellen Unterstützung zu nennen.

VI. Beratung des Generalberichtsentwurfs über „Sanktionierung der russischen Wirtschaft: Kosten und Auswirkungen“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Abgeordneter Diego Lopez Garrido (Spanien)

Generalberichterstatter Abgeordneter **Diego Lopez Garrido** (Spanien) erinnerte eingangs an die von den USA und Kanada, der EU sowie Australien, Japan und Norwegen verhängten Sanktionen: Reiseverbote für wichtige russische Führungspersönlichkeiten, das Einfrieren von Vermögenswerten, Verbote für Transaktionen mit auf der Krim tätigen Banken und Geschäftsunternehmen sowie Zugangsbeschränkungen zu westlichem Kapital für sanktionierte Banken und Unternehmen in russischem Staatsbesitz. Die schlechte russische Wirtschaftsführung, die allgegenwärtige Korruption und die Preiseinbrüche für Energie hätten zu einem Währungsverlust und einer Inflationsrate von fast 17 Prozent geführt. Russland habe verstärkt wirtschaftliche Partnerschaften mit Indien, Argentinien, China, Südafrika, der Türkei und Brasilien aufgebaut; diese könnten jedoch das Handelsvolumen mit Europa nicht ersetzen. Der wirtschaftliche Abschwung werde von der Regierung als eine weitere Manifestation westlicher Aggression gegenüber Russland verkauft.

In der Diskussion nahm **Lord Hamilton** (Vereinigtes Königreich) Bezug auf die Abwanderung vieler, insbesondere junger Menschen aus Russland, die keinen Schutz durch den Kreml genießen. Die Sanktionen würden nicht nur Russland, sondern ebenso die Wirtschaft Europas treffen, erklärte ein ungarischer Abgeordneter. Auch habe der niedrige Ölpreis eine stärkere Wirkung als die Wirtschaftssanktionen.

VII. Zukünftige Aktivitäten

Für das Jahr 2015 stünden die Terrorismusfinanzierung und die wirtschaftlichen Entwicklungen in Europa sowie Nordamerika im Vordergrund, sagte der Vorsitzende des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“, Abgeordneter **Menno Knip** (Niederlande). Dazu seien Besuche in den USA und Florenz geplant. Der Vorsitzende des Unterausschusses „Übergang und Entwicklung“, Abgeordneter **Francis Hillmeyer** (Frankreich) berichtete, für die Themen des Unterausschusses in diesem Jahr – die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Entwicklungen in der östlichen Nachbarschaft – seien Reisen nach Georgien und in die Ukraine vorgesehen.

7. Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie kam am Samstag, 16. Mai 2015, in Budapest unter dem amtierenden Vorsitzenden Abgeordneter **Jan Arild Ellingsen** (Norwegen) zusammen, um die Themen Klimawandel und COP21 (Weltklimagipfel 2015 in Paris), Irans Nuklearprogramm, Modernisierung des russischen Militärs und Hoher Norden zu diskutieren. Weil die Vorsitzende **Baroness Ramsay of Cartvale** (Vereinigtes Königreich) an der Sitzung in Budapest nicht teilnehmen konnte, beschlossen die Ausschussmitglieder, die beabsichtigte Umbenennung ihres Unterausschusses bis zur Jahrestagung im Herbst in Stavanger zu verschieben.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

I. Podiumsdiskussion mit Dr. Tibor Farago, Honorarprofessor an der St. Istvan Universität Budapest und ehemaliger Chefunterhändler für die Rahmenabkommen der Vereinten Nationalen (VN) zum Klimawandel, zum Thema „Klimaschutzabkommen 2015: Notwendigkeit, Hürden und Aussichten“, und mit Sonderberichterstatter Abgeordneter Philippe Vitel (Frankreich) über seinen Sonderbericht zum Thema „Klimawandel, internationale Sicherheit und der Weg zum Klimaschutzabkommen von Paris 2015“

Eingangs schilderte **Dr. Tibor Farago**, wie sich die Kooperation bei der internationalen Klimapolitik entwickelt habe. Die internationalen Klimavereinbarungen hinkten regelmäßig den Erkenntnissen des Weltklimarats (IPCC) hinterher. Das Nachfolgeabkommen für Kyoto – ebenfalls auf der Basis des IPCC – sei 2009 in Kopenhagen vollends gescheitert. Die *Convention on Climate Change* (COP) in Paris werde nun hoffentlich zur Reduzierung der weltweiten Emissionen führen. Erschwert seien die Verhandlungen durch die Frage der Verantwortung; zweifellos trügen die Industrieländer weitaus mehr zu den Treibhausgasemissionen bei als die Entwicklungsländer. Ferner spiele die Sektoralpolitik – Energieerzeugung, Transport, Land- und Forstwirtschaft – eine wichtige Rolle. Die komplexe Verquickung politischer Elemente bei den Klimaverhandlungen erschwere zusätzlich die Kompromissfindung. Mit Blick auf COP21 erläuterte er, was aus seiner Sicht ein wünschenswertes Ziel wäre und was letztlich ein realistischer Ausgang der Verhandlungen sei: Ideal wäre eine Emissionsreduzierung von etwa 15 Prozent bis 2013 und von 40 bis 70 Prozent bis zum Jahr 2050 entsprechend dem vereinbarten Verhandlungsprinzip „gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortung“ und mit der Festlegung auf konkrete Ziele. Als realistisch bezeichnete er allerdings, die Emissionen so zu begrenzen, dass die Erderwärmung unter zwei Grad Celsius bleibe. Abschließend appellierte er an Entwicklungs- wie Industrieländer, ihre Klimaschutzanstrengungen deutlich zu erhöhen.

Gleich im Anschluss fasste Sonderberichterstatter Abgeordneter **Philippe Vitel** (Frankreich) die Kernaussagen seines Sonderberichtsentwurfs zum Klimawandel zusammen. Eingangs betonte er, wie wichtig es sei, die Klimaverhandlungen im Dezember 2015 in Paris zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Er erläuterte, dass seit der industriellen Revolution die Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre dramatisch zugenommen habe. Wie dringend der Klimawandel angepackt werden müsse, bestätigten alle renommierten Forschungseinrichtungen. Mit der Erderwärmung einher gehe die Gefahr gewaltsamer Konflikte, von Armut, Naturkatastrophen und Wirtschaftseinbrüchen. In vielen Ländern – nicht so in Frankreich – hätten die Verteidigungsministerien bereits Prognosen über die Sicherheitsaspekte von Klimaveränderungen erstellt. In diesem Zusammenhang ermunterte er seine Kollegen, den Sonderberichtsentwurf durch eigene Beiträge zur Strategie ihrer jeweiligen Länder gegen den Klimawandel zu ergänzen, weil ein wirksames Abkommen nur durch die Kooperation aller Partner zustande kommen könne. Bei der Vorgängerkonferenz in Lima hätten die Vertragsparteien vereinbart, noch vor der COP21 in Paris ihre beabsichtigten nationalen Beiträge als unverzichtbaren Bestandteil des Abkommens festzulegen. Die bei einigen Ländern noch ausstehenden Festlegungen forderte er dringend ein. Näher beleuchtete er die Verpflichtungen der größten CO_2-Verursacher: China, USA, EU, Indien, Russland und Japan. Bei der Jahrestagung der NATO PV in Stavanger wolle er den Ausschusskollegen konkrete Empfehlungen für die Verhandlungen vorschlagen und die Versammlung damit zu einem wichtigen Sprachrohr bei der COP21 machen.

In der verbundenen Debatte bat **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich), den 5. IPCC-Bericht sowie auch die Wasserproblematik bei der Fortschreibung des Sonderberichtsentwurfs stärker zu berücksichtigen. Senator **Edmund Wittbrodt** (Polen) hielt – ebenso wie die meisten Menschen in seinem Land – die dargestellte Klimaproblematik und deren Auswirkungen für etwas übertrieben und fragte, wer denn für die enormen, mit dem Klimaabkommen verbundenen Kosten aufkommen solle. **Dr. Tibor Farago** entgegnete, dass es bei vielen Regierungschefs Konsens über die Maßnahmen gebe. Die Frage seines Landsmannes **Senator Jacques Gautier** (Frankreich), ob die demografische, globale Entwicklung einen Einfluss auf das Klimageschehen habe, bejahte Abgeordneter **Philippe Vitel** und stellte in Aussicht, die Zahlen dazu in dem Herbstberichtsentwurf zu aktualisieren. Zur Frage seiner Ausschusskollegin Abgeordnete **Maria Martens** (Niederlande), wie weit die Entwicklung von erneuerbaren Energien sei, erwiderte **Dr. Tibor Farago,** ihr Anteil an der Energiegewinnung steige stetig; ob damit das ehrgeizige Ziel der EU, den CO_2-Ausstoß bis zum Jahr 2030 um 40 Prozent zu reduzieren, erreicht werden könne, bleibe abzuwarten. Abschließend warnte er davor, *geo-engineering* als Möglichkeit überzubewerten, der Klimaerwärmung entgegenzuwirken.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

II. Vortrag von Mark Fitzpatrick, Direktor des Nichtweiterverbreitungs- und Abrüstungsprogramms, *International Institute for Strategic Studies* (IISS), zum Thema „Perspektiven für die Verhandlungen mit dem Iran über sein Nuklearprogramm“

Zur Perspektive für ein Abkommen mit dem Iran äußerte sich **Mark Fitzpatrick** optimistisch; der am 2. April 2015 vorgestellte Vertragsrahmen sei detaillierter als erwartet und beinhalte bereits wegweisende Kompromisse. Zwar wäre es optimal gewesen, wenn der Iran alle vier Anlagen geschlossen hätte, der Fortbetrieb von Fordo und Natanz habe dem Iran jedoch die Möglichkeit gegeben, sein Gesicht zu wahren. Bis zum Vertragsabschluss bestehe noch das Risiko, dass der Iran zu hoch pokere, dass iranische Hardliner das Projekt torpedierten oder Politiker in Israel und den USA weitere Verbesserungen einforderten. Im Vergleich mit dem Vertrag mit Nordkorea aus dem Jahr 1994 seien beim Iran-Deal die Überwachungs- und Reaktionsmechanismen deutlich straffer. Schließlich bewirke die Rückführung von 100 Milliarden „eingefrorener“ US Dollar in den iranischen Wirtschaftskreislauf einen enormen Schub für das Land; langfristige Investitionen ergäben sich jedoch erst, wenn der Vertrag umgesetzt werde.

Die Diskussionsrunde startete Abgeordneter **Valentin Radev** (Bulgarien) mit der Frage, welchen Einfluss der Atom-Deal wohl auf das Verhältnis zu Saudi-Arabien haben werde. **Mark Fitzpatrick** sagte, dass es nicht zu einem Abbruch der Beziehungen zwischen den USA und Saudi-Arabien kommen werde. Sollte Saudi-Arabien eigene Urananreicherungsanlagen bauen wollen, benötige es sicherlich zehn Jahre, weil der Schwarzmarkt dafür ausgetrocknet worden sei. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) verwies auf die vom israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu in Washington gehaltene Rede, in der er den Deal aufs Schärfste verurteilt habe; diese Haltung finde in den USA Unterstützer. **Mark Fitzpatrick** bestätigte, dass es in den Vereinigten Staaten starke Gegenströmungen gebe, allerdings nicht so stark, dass eine Zweidrittelmehrheit gegen den Vertragsabschluss zustande käme. Abgeordneter **Irakli Chikovani** (Georgien) wollte wissen, wie sich das Abkommen wirtschaftlich für den Iran auswirke. **Mark Fitzpatrick** schickte voraus, dass es zwischen den USA und dem Iran keine gemeinsamen Interessen gebe, ein *rapprochement* iranischerseits überhaupt nicht beabsichtigt sei. Gleichwohl strebe die – sehr junge – iranische Bevölkerung eine Modernisierung und Öffnung ihres Landes an. Wenn der Iran Energie liefere, bei der Bekämpfung des sogenannten „IS“ kooperiere, den Drogenhandel in der Region bekämpfe und sich mit dem Klimawandel auseinandersetze, so sei das eine insgesamt positive Entwicklung.

III. Beratung des Generalberichtsentwurfs über „Modernisierung des russischen Militärs“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Abgeordneter Stephen Gilbert (Vereinigtes Königreich), vorgestellt von der Abgeordneten Maria Martens (Niederlande)“

Für den aus dem britischen Parlament ausgeschiedenen Generalberichterstatter Abgeordneter Stephen Gilbert skizzierte Abgeordnete **Maria Martens** (Niederlande) die wesentlichen Aussagen des Generalberichtsentwurfes. Sie zeigte sich besorgt über die Gefährdung der Weltordnung durch Russlands jüngste Aktionen in der Ukraine. Dazu kämen Tests nuklearfähiger Raketen, Großmanöver an den Grenzen zu NATO-Ländern, riskante militärische Zwischenfälle zu Land und in der Luft und das Aussetzen der Zusammenarbeit beim Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag). Das sei nicht nur Propaganda, sondern zeige den Zuwachs an militärischem Potenzial. Putin wolle nicht nur die nukleare Abschreckung, die Langstreckenfähigkeiten bei der Luftwaffe und das weltraumgestützte Abwehrsystem modernisieren, sondern auch bei den konventionellen Waffen und modernen Kriegsschiffen aufrüsten. Ebenso sei die Bedrohung durch Cyberattacken aus Russland gestiegen. Abschließend betonte die amtierende Generalberichterstatterin, der Westen solle sich weiterhin um die Einhaltung von Waffenkontrolle, Abrüstung und Nichtweiterverbreitung bemühen. Sollte Russland jedoch unbeirrt auf seinem Weg weitergehen, seien weitere Restriktionen unvermeidbar. Um die Sicherheit des euroatlantischen Raums zu gewährleisten, schloss sie eine Aufstockung der Mittel nicht aus.

In der Diskussion ergaben sich Fragen zur russischen Militärstrategie – insbesondere zur hybriden Kriegsführung. Senator **Jacques Gautier** (Frankreich) erläuterte, dass nach dem Ukrainekonflikt die Lieferung von zwei Hubschrauberträgern der Mistral-Klasse nach Russland auf Eis gelegt worden sei. Im Übrigen bestehe nach wie vor eine große technologische Lücke bei der Militärtechnologie Russlands. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) relativierte die Verteidigungsausgaben Russlands, das mit seinem Militärbudget noch hinter Großbritannien liege, und äußerte zugleich Skepsis, ob Russland angesichts der angespannten Wirtschaftslage und sinkender Öleinnahmen seine ehrgeizigen militärischen Ziele weiterverfolgen könne.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

IV. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Energie- und Umweltsicherheit“ über „Der Hohe Norden: Herausforderungen und Chancen“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Osman Askin Bak (Türkei)

In seinem Berichtsentwurf schilderte Berichterstatter Abgeordneter **Osman Askin Bak** (Türkei) die Chancen und Risiken der arktischen Eisschmelze. Zu den positiven Auswirkungen zählte er die enormen, dann verfügbaren Ressourcen – Erdöl, Erdgas und Erze – sowie die Erschließung neuer Seewege und Fischgründe. Negativ könnten sich diese Aktivitäten auf das Ökosystem der Arktis auswirken. Um in diesem riesigen, unwegsamen Gebiet eine Notfallversorgung sicherzustellen, sei ein engmaschiges Rettungsnetz erforderlich. Angesichts der harten klimatischen Bedingungen und der fehlenden Infrastruktur könnten diese Fähigkeiten nur vom Militär vorgehalten werden. Deshalb sei eine erhöhte Militärpräsenz im Hohen Norden nicht gleichbedeutend mit Konflikten. Diese Region sei geprägt von Kooperation statt Konfrontation. Dazu trügen bewährte Organisationen wie der Arktische Rat bei, den der Berichterstatter als Hauptakteur für die Kooperation bewertete. Beunruhigt zeigte er sich über einige Aktionen Russlands im Hohen Norden, wie die Verlegung militärischer Geräte in die Arktis und Strategien zur robusteren Durchsetzung nationaler Interessen in der Region. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der gegenwärtig angespannten Beziehungen zwischen Russland und NATO sei erhöhte Wachsamkeit geboten.

In der nachfolgenden Diskussionsrunde bewerteten die Ausschussteilnehmer den zurückliegenden Besuch in Norwegen und Alaska als außerordentlich aufschlussreich; sie hätten dabei einen guten Einblick in die komplexen Strukturen der Region gewinnen können. Abgeordnete **Thorunn Egilsdottir** (Island) unterstrich die Chance durch die Eisschmelze – insbesondere für Tourismus und die Fischerei – und plädierte dafür, dass sich die Arktisanrainer eng untereinander abstimmen. Senator **Domenico Scilipoti** (Italien) warnte vor einer „Renaissance“ der umweltschädlichen Kohlekraftwerke aufgrund der reichen, nun erschließbaren Kohlevorkommen in der Arktis. Berichterstatter Abgeordneter **Osman Askin Bak** warb dafür, dass das Bündnis aufmerksam alle Aspekte – politische, umwelttechnische, wirtschaftliche und strategische – im Hohen Norden im Blick behalten und die dort tätigen Institutionen unterstützen sollte. Auch setzte er sich für eine verstärkte Kooperation mit Wissenschaftlern ein, die sich seit über 60 Jahren mit der Region befassen.

V. Zukünftige Aktivitäten

Für das Jahr 2015 wird sich der Ausschuss weiterhin mit den Themen Fähigkeitslücken im Bündnis, Hoher Norden und Klimawandel beschäftigen. Die Ausschussmitglieder verabredeten Reisen in die Vereinigten Staaten, nach Finnland und Estland.

8. Plenarsitzung

Die Plenarsitzung fand am Montag, 18. Mai 2015, unter Vorsitz des Vizepräsidenten der Parlamentarischen Versammlung der NATO, Abgeordneter **Gabriel Vlase** (Rumänien), statt. Die Plenarsitzung begann mit einer Schweigeminute zu Ehren des am 24. April 2015 verstorbenen ehemaligen Schatzmeisters der NATO PV (2008 bis 2014) und Präsidenten des kanadischen Senats, Senator **Pierre Claude Nolin**.

I. Ansprachen des Vizepräsidenten des ungarischen Parlamentes, János Latorcai, und des stellvertretenden Premierministers der Republik Ungarn, Zsolt Semjén

Der stellvertretende Premierminister und der Vizepräsidenten des ungarischen Parlaments versicherten, Parlament und Regierung verfolgten das Ziel einer weiteren Integration des Landes in die Allianz. **Zsolt Semjén** sprach sich für die Erweiterung der NATO aus und zeigte Verständnis für die Ungeduld der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien angesichts des stockenden Integrationsprozesses.

II. Ansprache des stellvertretenden Generalsekretärs der NATO, Botschafter Alexander Vershbow

Botschafter **Alexander Vershbow** führt aus, die NATO halte an der Politik der „Offenen Tür“ fest. Er erläuterte den Ansatz der NATO, der darin bestehe, dass die Partnerschaftspolitik eine Hilfe zur Selbsthilfe sei. Wichtigste Kernelemente der Zusammenarbeit seien der Informationsaustausch und die Interoperabilität. Dies gelte insbesondere im Bereich der Terrorismusbekämpfung. Die Koalition gegen den sogenannten „IS“ sei keine NATO-geführte Mission, resultiere aber aus einer enger werdenden Verbindung der Kapazitäten der NATO-Mitgliedstaaten. Er betonte die wachsende Bedeutung der Zusammenarbeit mit der EU, die mit einer Konsultation zur EU-Sicherheitspolitik im Juni 2015 weiter vorangetrieben werden solle.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

In der Fragestunde erklärte Abgeordneter **Giorgi Baramidze** (Georgien), aufgrund der nicht greifbaren Perspektive eines Beitritts zur NATO herrsche in der georgischen Bevölkerung eine zunehmende Resignation. Die prowestliche Stimmung innerhalb der Bevölkerung drohe in eine prorussische zu kippen. Nach Einschätzung von Botschafter **Alexander Vershbow** habe Georgien alle erforderlichen Kapazitäten, um sich dem Mitgliedschaftsprozess zu stellen. Er dankte Georgien für seine Beiträge zu NATO-Einsätzen wie beispielsweise in Afghanistan. Auf die Frage der Abgeordneten **Rasa Jukneviciene** (Litauen), was die NATO der Russischen Föderation in der Ukrainekrise entgegensetzen könne, hob Botschafter **Alexander Vershbow** die Verhandlungen zum Minsker Abkommen als guten Weg hervor, der auf politischer Ebene auch die Russische Föderation in die Verantwortung nehme.

III. Ansprache des Parlamentspräsidenten der Republik Bosnien und Herzegowina, Sefik Dzaferovic

Der Präsident des Parlaments von Bosnien und Herzegowina, **Sefik Dzaferovic**, räumte ein, hinsichtlich der Voraussetzungen für eine NATO-Mitgliedschaft habe sein Land noch einige Herausforderungen zu bewältigen, besonders die Ausrüstung der nationalen Streitkräfte bliebe hinter dem erforderlichen Standard zurück. Sein Land arbeite mit Nachdruck an der Beseitigung der Schwachstellen und habe einige Fortschritte erzielen können. Den Streitkräften sei in NATO-Missionen ein hohes Maß an Verlässlichkeit attestiert worden. Ein stabiles und sicheres Europa sei ohne einen stabilen Balkan nicht denkbar. Bosnien und Herzegowina sei von NATO-Mitgliedstaaten umgeben, langfristig sei eine NATO-Mitgliedschaft unausweichlich. Zur Stärkung einer langfristigen Stabilität seien Hilfen von der NATO nötig. Zudem sprach er sich für die Zuerkennung des *Membership Action Plan* (MAP) für sein Land aus.

IV. Ansprache des Parlamentspräsidenten der Republik Georgien, David Usupashvili

Der georgische Parlamentspräsident **David Usupashvili** ging auf den russisch-georgischen Konflikt von 2008 ein und mahnte, dass sich das Ergebnis dieses Konfliktes unter keinen Umständen in der Ukraine wiederholen dürfe. Die Russische Föderation übe *de facto* die Kontrolle über 20 Prozent des georgischen Territoriums aus. Er forderte, dass nach jahrelangen Verhandlungen bei der NATO-Tagung in Warschau eine Entscheidung über den MAP-Status für Georgien getroffen werde müsse. Sein Land sei gut gerüstet und erfülle die Voraussetzungen für die Zuerkennung des MAP. Er verwies auf die im Jahre 2012 abgehaltenen Parlamentswahlen, deren Verlauf von der internationalen Gemeinschaft sehr positiv bewertet worden sei. Die NATO-Politik der „Offenen Tür“ sei ein großer Erfolg und ermutige Staaten, ihre Bemühungen um eine Mitgliedschaft beizubehalten.

V. Ansprache des Parlamentspräsidenten der Republik Montenegro, Ranko Krivokapic

Ranko Krivokapic, der Präsident des montenegrinischen Parlaments, hob die Vorfreude der montenegrinischen Bevölkerung auf die bevorstehende NATO-Mitgliedschaft hervor. Er betonte die historischen Verdienste des Bündnisses. Montenegro werde alles dafür tun, den Anforderungen der Allianz gerecht zu werden. Er verwies auf die verhältnismäßig hohe Sollstärke des montenegrinischen Kontingents in der ISAF-Mission und auf die wirtschaftlichen Sanktionen Montenegros gegen die Russische Föderation in Folge des russischen Vorgehens in der Ukraine.

VI. Ansprache des Parlamentspräsidenten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Trajko Veljanovski

Der Parlamentspräsident der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, **Trajko Veljanovski**, kritisierte, aufgrund des Namensstreites mit Griechenland könnten keine Fortschritte in der Annäherung an die EU erzielt werden. Er betonte die guten Beziehungen zur EU und die strategische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten. Aufgrund seiner aktiven Partnerschaft sei sein Land *de facto*-Mitglied in der NATO.

VII. Beratung des Erklärungsentwurfs „NATO-Erweiterung“, vorgelegt vom Leiter der ungarischen Delegation in der NATO PV, Mihály Balla

Zahlreiche ukrainische und georgische Änderungsanträge waren auf eine stärkere Betonung der Beitrittsperspektiven für die Ukraine und Georgien gerichtet. Sie wurden, auch mit den Stimmen der deutschen Delegation, angenommen. Das Plenum nahm die geänderte Erklärung an.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

VIII. Ansprache des Vizepräsidenten des ukrainischen Parlamentes, Andriy Parubiy

Vizepräsident Andriy Parubiy forderte eine stärkere Unterstützung der Ukraine durch die westliche Staatengemeinschaft. Die Ukraine sei nicht das einzige Opfer russischer Aggressionen im postrussischen Raum. Ein Friedensschluss mit einer Russischen Föderation unter Führung von Wladimir Putin halte er für undenkbar. Die Ukraine arbeite an einer Interoperabilität der Streitkräfte mit der NATO. Dieses Ziel solle bis 2020 vollständig erreicht sein.

IX. Vorstellung des Haushaltsberichts des Schatzmeisters Abgeordneter Marc Angel (Luxemburg) und des Geschäftsberichts des Generalsekretärs der NATO PV, David Hobbs

Der Haushaltsbericht des Schatzmeisters und der Geschäftsbericht des Generalsekretärs wurden einstimmig angenommen. Abgeordneter **Diego Lopez Garrido** (Spanien) fragte, inwieweit eine Finanzierung der Aktivitäten der in der Versammlung vertretenen politischen Gruppen durch die Versammlung möglich erscheine. Der Schatzmeister erläuterte, dass die politischen Gruppen keinen formalen Status inne hätten und deshalb weder finanziell noch logistisch über den Haushalt der Versammlung finanziert werden könnten. Der sitzungsleitende Vizepräsident **Paolo Alli** (Italien) empfahl, die Frage einer finanziellen Unterstützung der politischen Gruppen im Ständigen Ausschuss zur Diskussion zu stellen.

Berlin, den 18. Oktober 2017

Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers, MdB
Leiter der Delegation

Minister Lorenz Caffier (Bundesrat)
Leiter der Delegation des Bundesrates

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Abkürzungsverzeichnis

ANSF	Afghan National Security Forces (afghanische nationale Sicherheitskräfte)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CFI	Connected Forces Initiative (Initiative Streitkräfte im Verbund)
COP21	United Nations Framework Convention on Climate Change, 21st Conference of the Parties, 30. November – 11. Dezember 2015, Paris
EU	Europäische Union
FATF	Financial Action Task Force (Arbeitsgruppe zur Geldwäschebekämpfung)
ICDT	International Centre for Democratic Transition (Internationales Zentrum für demokratischen Wandel)
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change (Weltklimarat)
IISS	International Institute for Strategic Studies
IS	sogenannter „Islamischer Staat“
ISAF	Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe (International Security Assistance Force)
ISR	Intelligence, Security and Reconnaissance (Nachrichtengewinnung, Überwachung und Aufklärung)
KSE-Vertrag	Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa
LANDCOM	NATO Allied Land Command (alliierte Landstreitkräfte der NATO)
MAP	Membership Action Plan (Aktionsplan zur Mitgliedschaft)
MPI	Max-Planck-Institut
NAR	Nordatlantikrat
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikvertrags-Organisation)
NATO PV	Parlamentarische Versammlung der NATO
NRF	NATO Response Force (NATO-Reaktionskräfte)
RAP	Readiness Action Plan (Aktionsplan zur Reaktionsfähigkeit)
RSM	Resolute Support Mission (ISAF-Folgemission zur Ausbildung und Beratung sowie Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte)
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe (Oberster Alliierter Befehlshaber in Europa)
TTIP	Transatlantic Trade and Investment Partnership (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, zwischen den USA und der EU)
VJTF	Very High Readiness Joint Task Force (NATO-Reaktionskräfte höchster Bereitschaft)
VN	Vereinte Nationen

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Anlage

E r k l ä r u n g 419

betreffend

Die NATO-Erweiterung*

Die Versammlung,

1. ***unter Hinweis*** auf ihre auf der Frühjahrstagung im Mai 2014 in Vilnius verabschiedete Erklärung 409 „Die Erweiterung der NATO“;

2. ***unter Bekräftigung*** ihrer umfassenden und kontinuierlichen Unterstützung für die Erweiterung der NATO und die Mitgliedschaftsbestrebungen Bosnien-Herzegowinas, Georgiens, Montenegros und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien[1];

3. ***zur Kenntnis nehmend***, dass nach Artikel 10 des NATO-Vertrags die Türen der NATO den europäischen Ländern offenstehen, die bereit und in der Lage sind, die Anforderungen an eine Mitgliedschaft in der NATO zu erfüllen;

4. ***in Anerkennung*** der Erneuerung der euroatlantischen Bestrebungen durch die Ukraine;

5. ***unter Begrüßung*** der Beschlüsse des Gipfels von Wales im Hinblick auf die Politik der offenen Tür einschließlich der erneuten ermutigenden Signale an Bosnien-Herzegowina und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien[2], des substanziellen NATO-Georgien-Pakets, das Georgien auf seinem Weg zur Mitgliedschaft im Bündnis unterstützt, sowie der Verpflichtung, bis Ende 2015 über die Beitrittsaufforderung an Montenegro zu entscheiden;

6. ***unter Betonung*** der Tatsache, dass die NATO-Beitrittskandidaten die erforderlichen Vorbereitungen zur Erfüllung der in Artikel 10 des NATO-Vertrags festgelegten Anforderungen für eine NATO-Mitgliedschaft fortsetzen müssen;

7. ***unter Hinweis*** darauf, dass die Erweiterung der NATO keine Bedrohung für irgendeine Nation darstellt, sondern die Sicherheit und Stabilität im gesamten euroatlantischen Raum stärkt;

8. ***unter Betonung*** der Tatsache, dass der NATO-Erweiterungsprozess nicht von Dritten, sondern nur vom Bündnis und von den Beitrittskandidaten beeinflusst werden kann;

9. ***unter Hervorhebung*** des starken Katalysator-Effekts der Politik der offenen Tür und ***zur Kenntnis nehmend***, dass diese positive Wirkung voraussetzt, dass die Politik der offenen Tür eine realistische und glaubwürdige Perspektive bleibt;

10. ***daher überzeugt***, dass die Bündnispartner auch in Zukunft ihr Bekenntnis zur Politik der offenen Tür bekräftigen und deutlich machen müssen;

11. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. das Bekenntnis des Gipfels von Wales zur Politik der offenen Tür aufrecht zu erhalten;

---

* Vorgelegt vom Ständigen Ausschuss und verabschiedet von der Plenarversammlung am Montag, 18. Mai 2015, in Budapest (Ungarn).

1 Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien mit ihrer verfassungsmäßigen Bezeichnung an.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

b. die auf dem Gipfel vereinbarte Unterstützung für die Kandidatenländer zu leisten und Ende 2015 über Montenegros Beitrittsaufforderung zu entscheiden;

c. weiterhin die Umsetzung eines substanziellen NATO-Georgien-Pakets zu unterstützen und entsprechend dem Beschluss des Gipfels von Bukarest 2008 den nächsten Schritt in Richtung der Integration Georgiens in die NATO einzuleiten und dem Land zu diesem Zweck einen Aktionsplan für die Mitgliedschaft (*Membership Action Plan*) zu gewähren;

12. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der die NATO-Mitgliedschaft anstrebenden Länder **NACHDRÜCKLICH AUF**, ihre Bemühungen um die Lösung der verbleibenden Fragen auf ihrem Weg zur Mitgliedschaft zu verstärken;

13. **ERKENNT** das schwierige Umfeld **AN**, in dem sich die Ukraine angesichts der beispiellosen Aggression der Russischen Föderation bewegt, und **FORDERT** die ukrainische Regierung und das ukrainische Parlament **AUF**, sich nach Kräften um die Durchführung von Reformen im Land entsprechend den demokratischen euroatlantischen Standards zu bemühen;

14. **VERPFLICHTET SICH** wie bereits in der Vergangenheit, die Beitrittskandidaten in jedweder Hinsicht zu unterstützen, um ihnen dabei zu helfen, ihr Ziel einer NATO-Mitgliedschaft zu erreichen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.